

DENTAL TRIBUNE

The World's Dental Newspaper · German Edition



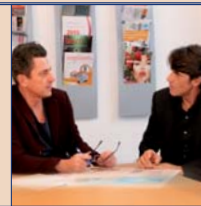
No. 12/2013 · 10. Jahrgang · Leipzig, 4. Dezember 2013 · PVSt. 64494 · Einzelpreis: 3,00 €



Platzmanagement in der KFO

In der Entscheidungsfindung Extraktion vs. Nicht-Extraktions-Therapie spielen sowohl die Weichteilästhetik als auch die Langzeitstabilität eine wichtige Rolle.

▶ Seite 4f



Superimplantat aus Keramik

Das zweiteilige Keramikimplantat ist bereits heute jedem Titanimplantat überlegen. Der Entwickler von Keramikimplantaten, Dr. Karl Ulrich Volz (rechts im Bild) aus Konstanz, im Interview.

▶ Seite 8f



1st International Symposium

Über neuste Therapien aus Parodontologie und Implantologie in den Bereichen Regeneration und Ästhetik informierten sich in Bern rund 600 Teilnehmer.

▶ Seite 10

ANZEIGE

Perfekt abformen.

R-SI-LINE® PUTTY MATIC + LIGHT

R-dental Dentalerzeugnisse GmbH
Informationen unter Tel. 040 - 22757617
Fax 0 800 - 733 68 25 gebührenfrei
E-mail: info@r-dental.com
www.r-dental.com

Diabetes und Mundgesundheit

14. November: Weltdiabetestag der Vereinten Nationen.

KÖLN – Diabetes-Patienten sollten ihren Zahnarzt unbedingt über ihre Stoffwechselerkrankung informieren. Denn sie hat Einfluss auf die Gesundheit von Kiefer und Zähnen, weil dadurch die Gefäße im Zahnfleisch u.U. nicht mehr ausreichend durchblutet sind. Das betroffene Gewebe kann Bakterien nicht mehr richtig abwehren – Parodontitis kann die Folge sein. Wichtig sind halbjährliche Kontrolluntersuchungen beim Zahnarzt, gründliche Mundhygiene

und eine optimale Einstellung des Diabetes. Bei Entzündungen oder Blutungen des Zahnfleisches ist auf jeden Fall ein Arztbesuch angesagt. Diabetes verringert mitunter auch die Menge des Speichels. In einem trockenen Mund ist der Zahnschmelz anfälliger für Karies. Insbesondere die Zahnhälse sind gefährdet. Mit zuckerfreien Zahnpflegekaugummis kann der Speichelfluss angeregt werden. **DTI**

Quelle: ZWP online

Frohe WEIHNACHTEN
und ein gesundes neues Jahr

Das dentaltrade Team bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und Ihr Vertrauen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

[HOCHWERTIGER ZAHNERSATZ ZU GÜNSTIGEN PREISEN]
FREECALL: (0800) 247 147-1 • WWW.DENTALTRADE.DE

ANZEIGE

Mehr Patienten beim Zahnarzt

Chancen auf lebenslange Prävention gestiegen.

BERLIN – Nach Wegfall der Praxisgebühr gehen die Deutschen wieder öfter zum Zahnarzt. Die Zahl der Behandlungsfälle stieg im 1. Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,6 % auf rund 20,7 Millionen. Im 2. Quartal zählten die Zahnärzte 21,8 Millionen Patienten – 5,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Das geht aus Zahlen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) hervor, die der Deutschen Presse-Agentur in Berlin vorliegen. Der KZBV-Vorsitzende Jürgen Fedderwitz begrüßte den Anstieg der Fallzahlen. Weil die Patienten im Zahnarztbereich nie rasch den Arzt wechselten, sei die Gebühr hier von Anfang an überflüssig gewesen. Nach Einführung der Gebühr seien die Patientenzahlen um fast 10 % eingebrochen. In der Koalition war das Aus für die Gebühr zuerst eine Forderung der FDP, während die Union zunächst lieber daran festgehalten hätte, damit die Milliardenreserven der Krankenversicherung nicht bald wieder dahinschmelzen. Wie bei aktuellen Koalitionsverhandlungen von Union und SPD bekannt wurde, soll die gesetzliche Krankenversicherung ab 2015 wieder ins Minus rutschen. **DTI** Quelle: dpa

Zur Stärkung der Besucherfrequenzen des Deutschen Zahnärztetages werden gemeinsam, so auch in diesem Jahr in Frankfurt am Main, die Bundes- und Vertreterversammlungen der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) abgehalten. Parallel zu den zwischen CDU/CSU und SPD laufenden Koalitionsverhandlungen versuchten die Landesorganisationen, einschließlich der Wissenschaftsorganisation DGZMK, mit einer breiten Front von Forderungen an die Politik heranzutreten. Dazu wurden in Frankfurt auch viele bereits seit Jahren erhobene Forderungen in neue Formeln gepackt, um sie einzureihen in die Klage-mauer zahnärztlicher Interessenspolitik.

Ganz oben an stand für die zahnärztlichen Körperschaften, Kammern und KZVen der Aufbau einer deutschen Widerstandslinie gegen Pläne aus der EU-Bürokratie in Brüssel, die „Selbstverwaltung freier Berufe nicht stärken zu wollen, sondern durch bürokratische Reglementierungen sukzessive auszubremsen“. Hier soll vor allem die Zwangsmemberschaft in den Kammern, die von Brüssel infrage gestellt wird, gesichert werden. Ohne Kompetenz, aber noch „geschäftsführend im Amt“ stellte sich der aus dem Bundestag gewählte FDP-Minister Daniel Bahr hinter das KZBV/BZÄK-Freiberuflichkeits-Dogma der Zahnärzteschaft.

Ein Zahnärztetag der Formeln

Die Landesorganisationen treten mit einer breiten Front von Forderungen an die Politik heran. Von Jürgen Pischel.



Er forderte die Zahnärzteschaft auf, sich für deren Erhalt stark zu machen, denn in erster Linie sei der Arzt dem Patienten verpflichtet. Die Therapiefreiheit und freie Arztwahl müssten primär sein – im Interesse der Patientenversorgung. Erneut bekräftigte Bahr, dass es keinen Bachelor in der Zahnmedizin geben dürfe. Ein paar „Formel-Forderungen“ der Zahnärzteschaft von BZÄK, KZBV und DGZMK an eine neue Bundesregierung:

1) Das deutsche Gesundheitssystem sollte weiterentwickelt werden mit dem Ziel, das duale Gesundheitssystem aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung auf der Versicherungs-, Versorgungs- und Vergütungsseite unter Berücksichtigung von Demografie, Wett-

bewerb und Qualität zukunftsfest zu machen. 2) Die Ausübung des Zahnarztberufs in freiberuflicher Selbstständigkeit muss gefördert werden. Eingriffe und Steuerungen, die die Motivation der Zahnärzte zur Niederlassung in eigener Praxis unterminieren, sind zu unterlassen. 3) Die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) muss an die Anforderungen einer wissenschaftlich fundierten und präventionsorientierten Zahnheilkunde angepasst werden. Der Punktwert ist regelmäßig zu überprüfen und entsprechend den seit 1988 erfolgten und zukünftigen Steigerungen der Praxiskosten zu erhöhen. Eine Evaluierung mit dem ausschließlichen Ziel einer fiskalischen Mengenbegrenzung wie durch § 12 GOZ

ist systemwidrig und behindert eine qualitätsgesicherte befundadäquate Versorgung. 4) Die vom gesamten Berufsstand erarbeitete und vom Bundesgesundheitsministerium den Bundesländern abschließend vorgelegte Approbationsordnung ist endlich umzusetzen. 5) Die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Zahnmedizin stößt zunehmend an gesundheitsökonomische Grenzen. Die Teilhabe des Patienten am medizinischen Fortschritt ist zu gewährleisten. Dabei darf er seinen Anspruch auf eine solide Grundversorgung nicht verlieren. Innerhalb der GKV ist ein System befundabhängiger Festzuschüsse mit Direktabrechnung/Kostenerstattung für weitere Bereiche der Zahnheilkunde anzustreben. **DTI**

ANZEIGE

Auf der Suche nach (Rechts-)Sicherer Wasserhygiene?

BLUE SAFETY



Der schnelle Weg zum Termin: Fon 0800 - 25 83 72 33 oder www.bluesafety.com



Zurück auf Los!

Jürgen Pischel spricht Klartext

Es ist wie im alten klassischen „Mensch ärgere Dich nicht“-Spiel. Kaum glaubt man sich auf der Siegerstraße, feiert manche im Politikkampf errungene Positionen, da kommen zwei schlechte Würfe, und schon ist man wieder auf „Los“ zurückgeworfen. Was haben landauf und landab die KZV-Bosse in den letzten Monaten nicht selbstgefällig ihre Verhandlungserfolge zur Abschaffung oder Aussetzung der Budgetierungen in der Zahnheilkunde gefeiert und vehement neue Versorgungsfelder bei Alt und ganz Jung publikumswirksam die soziale Karte spielend gefordert.

Nun wurde mit dem Kompromiss in den Schwarz-Rot-Koalitionsübereinkünften zur künftigen Kassenfinanzierung der Grundstein gelegt, dass die Krankenkassen dabei die Karte der Interessensvertretung ihrer Versicherten ausspielend, wieder zur strikten Budgetpolitik der letzten Jahre zurückkehren werden.

Die mit dem Wegfall der Praxisgebühr steigende Zahl der Behandlungsfälle beim Zahnarzt in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2013 wird mit einhergehenden steigenden Ausgaben für die Zahnbehandlung die notwendige Munition für eine wiederkehrende strikte Budgetierung liefern. Warum diese Konsequenz?

Nun, der SPD ist es gelungen, den Grundbeitrag für die Krankenkassen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf ein gemeinsames Niveau zu legen, und dass zwischen den Kassen wieder eine Art Wettbewerb funktionieren soll. Der CDU/CSU ist es gelungen, den Ausgleich von Kassenmehrausgaben, die zu Defiziten führen, allein durch die Versi-

cherten über einen Sonderbeitrag schultern zu lassen. So führt dieser Koalitionskompromiss aus Versicherungsschutz schnurstracks der ersten steigenden Ausgabenwelle folgend in die Budgetierungsrenaissance.

Natürlich bedeutet diese Regelung auch die Einhaltung einer besonderen Punktwertschwelle und die Blockade der Einführung weiterer Behandlungsfelder in der Zahnmedizin. Dies alles unter der altbekannten Prämisse, dass die Zahnmedizin-Ausgaben besonders gut steuerbar sind, Krankenhaus und Pharma nicht.

Was auch in der Folge der Arbeit von Schwarz-Rot in der Gesundheitspolitik – wer nun auch noch Minister wird – auf die Zahnärzte zukommt, so steht ja auch eine GOZ-Folgenanalyse an, wird an der Strategie der Hauptamtlichkeit der KZV-Bosse, dass man eigentlich nie einen Fehler macht, aber auch nicht scheitert, nichts ändern.

So wird es nach geplant vollzogener Rochade auf dem Zahnärztetag, auch der Zweite soll mal Erster sein, allen voran den KZBV-Chefs schon gelingen, mit weiteren Ungetümen aus der standespolitischen KZV-Phraseologie jegliche neue Belastung der Zahnärzte als Gewinn zu präsentieren. Irgendwie muss man doch rechtfertigen, dass man als KZV-Chef im Land und erst recht auf Bundesebene, das Zwei- bis Dreifache des Durchschnittseinkommens eines Kassenzahnarztes verdient. Vor allem, wenn der KZBV-Beitrag gerade pro Zahnarzt von 19 auf 22 Euro erhöht wurde. Also, auf ein Neues,

toi, toi, toi, Ihr J. Pischel



Infos zum Autor

apoBank im Stresstest

In Deutschland sind von der Bilanzüberprüfung der Europäischen Zentralbank 24 Institute betroffen.

FRANKFURT AM MAIN (jp) – Die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt die Bilanzen von 128 europäischen Banken, darunter auch von 24 Banken in Deutschland, unter die Lupe. Unter den Banken, die für eine Bilanzüberprüfung ins Auge genommen sind, ist auch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (apoBank).

„Transparenz“, heißt es bei der EZB, sei vorrangiges Ziel der Bankenüberprüfung, deren Ergebnisse im Herbst 2014 veröffentlicht werden sollen. Zudem, so aus der EZB, soll die Überprüfung dazu verhelfen, „Fehler in Bankbilanzen sofort zu beheben. Langfristig soll sie Vertrauen schaffen, weil Bilanzen dann als verlässlich gelten sollen“. Durchgeführt wird die Gesamtprüfung in drei Schritten. Zunächst werden in einem „balance sheet assessment“ die Bilanzen überprüft und verglichen. Dem folgt eine genauere Prüfung der Vermögenswerte in den Bilanzen, ein sogenannter „asset quality review“. Hier geht es darum, wie werthaltig die Vermö-



genswerte sind, und darum, ob das Risiko richtig abgebildet ist. Als dritter Punkt ist ein Stresstest vorgesehen. Dabei wird die EZB zusammen mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA ein Krisenszenario entwickeln, um die Widerstandsfähigkeit der Banken zu prüfen. Zugrunde gelegt wird bereits heute im „Stresstest“ eine Eigenkapitalquote von acht Prozent.

Die EBA ist jene erst vor zwei Jahren gegründete Behörde, die bis-

her die Banken-Stresstests in Europa durchführte. Am Ende soll ein Ergebnis pro Bank bekanntgegeben werden.

In Deutschland sind von der Bilanzüberprüfung 24 Institute betroffen: Deutsche Bank und Commerzbank waren von Anfang an gesetzt. Überraschend mit dabei ist auch neben einigen Landesbanken die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (eG) sowie die DZ Bank AG (Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank). [DT](#)

Eine neue Ära in der DGZMK

In über 150-jähriger Geschichte erste Präsidentin im Amt.

DÜSSELDORF – Neue Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) ist Prof. Dr. Bärbel Kahl-Nieke. Mit Abschluss des am 9. November zu Ende gegangenen Deutschen Zahnärztetages in Frankfurt am Main übernahm die Hamburger Kieferorthopädin die Präsidentschaft von Prof. Dr. Dr. Henning Schliephake, Göttingen.

Damit wird die wissenschaftliche Dachorganisation der Zahnmedizin in Deutschland in ihrer über 150-jährigen Geschichte erstmals von einer Frau geführt. Kahl-Nieke möchte in ihrer dreijährigen Amtszeit den eingeleiteten Modernisierungsprozess der



Prof. Dr. Bärbel Kahl-Nieke, neue Präsidentin der DGZMK.

DGZMK weiter vorantreiben, wichtige Bausteine dabei sind u.a. das neue

Internetportal „owidi“ sowie die weitere Aktualisierung der wissenschaftlichen Leitlinien.

Prof. Dr. Michael Walter, TU Dresden, wurde auf der DGZMK-Mitgliederversammlung am Rande des Deutschen Zahnärztetages zum Präsidenten elect gewählt. Neuer Vizepräsident ist der Starnberger Implantologe Dr. Dietmar Weng. Als Generalsekretär wurde Dr. Ulrich Gaa, Schorndorf, in seinem Amt bestätigt, auch die beiden Beisitzer, Dr. Guido Wucherpfennig, Erfurt, und Dr. Karl-Ludwig Ackermann, Filderstadt, wurden wiedergewählt. Alle Abstimmungen verliefen einstimmig. [DT](#) Quelle: DGZMK

Wolfgang Eßer neuer Vorstandsvorsitzender der KZBV

Vorstandsteam steht gemeinsam für Kontinuität in zahnärztlicher Berufspolitik.

FRANKFURT AM MAIN – Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) hatte am 6. November 2013 in Frankfurt den Mönchengladbacher Zahnarzt Dr. Wolfgang Eßer mit großer Mehrheit zum neuen Vorsitzenden des dreiköpfigen Vorstands gewählt. Er erhielt 50 der 59 Delegiertenstimmen. Eßer ist seit 2002 Vorstandsmitglied der KZBV. Neben ihm gehören die Zahnärzte Dr. Jürgen Fedderwitz und Dr. Günther E. Buchholz weiterhin als stellvertretende



Dr. Wolfgang Eßer

Vorsitzende zum Leitungsgremium der Vertragszahnärzteorganisation.

Zu seiner Wahl sagte Eßer: „Das etablierte dreiköpfige Vorstandsteam der KZBV bleibt für die nächsten drei Jahre zusammen. Gemeinsam stehen wir für Kontinuität in der zahnärztlichen Berufspolitik. Die

Erfolge in der zahnmedizinischen Versorgung und der Berufspolitik der letzten Jahre haben uns darin bestärkt, diesen Weg weiterzugehen.“

Wolfgang Eßer ist Vertragsexperte und federführend bei Versorgungsfragen. Unter anderem war er maßgeblich an der Entwicklung des neuen Versorgungskonzeptes der Zahnärzteschaft für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung beteiligt.

Die Neuwahl des Vorsitzes im dreiköpfigen Vorstand war nötig, da der bisherige Vorsitzende, Dr. Jürgen Fedderwitz, bereits vor zweieinhalb Jahren angekündigt hatte, die Führung der Zahnärzteschaft nach der Hälfte der sechsjährigen Amtszeit abzugeben.

Lebensläufe und printfähiges Bildmaterial der drei Vorstände stehen im Internet unter www.kzbv.de/vorstand bereit. [DT](#) Quelle: KZBV

DENTAL TRIBUNE

IMPRESSUM

Verlag
OEMUS MEDIA AG
Holbeinstraße 29, 04229 Leipzig
Tel.: 0341 48474-0
Fax: 0341 48474-290
kontakt@oemus-media.de
www.oemus.com

Verleger
Torsten R. Oemus

Verlagsleitung
Ingolf Döbbecke
Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner
Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller

Chefredaktion
Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner (ji), V.i.S.d.P.
isbaner@oemus-media.de

Redaktionsleitung
Jeannette Enders (je), M.A.
j.enders@oemus-media.de

Korrespondent Gesundheitspolitik
Jürgen Pischel (jp)
info@dp-uni.ac.at

Anzeigenverkauf
Verkaufsleitung
Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller
hiller@oemus-media.de

Verkauf
Nadine Naumann
n.naumann@oemus-media.de

Produktionsleitung
Gernot Meyer
meyer@oemus-media.de

Anzeigendisposition
Marius Mezger
m.mezger@oemus-media.de

Bob Schliebe
b.schliebe@oemus-media.de

Lysann Reichardt
l.reichardt@oemus-media.de

Layout/Satz
Franziska Dachsels

Lektorat
Hans Motschmann
h.motschmann@oemus-media.de

Erscheinungsweise
Dental Tribune German Edition erscheint 2013 mit 12 Ausgaben, es gilt die Preisliste Nr. 4 vom 1.1.2013. Es gelten die AGB.

Druckerei
Vogel Druck und Medienservice GmbH, Leibnizstraße 5, 97204 Höchberg

Verlags- und Urheberrecht
Dental Tribune German Edition ist ein eigenständiges redaktionelles Publikationsorgan der OEMUS MEDIA AG. Die Zeitschrift und die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bei Einsendungen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern nichts anderes vermerkt ist. Mit Einsendung des Manuskriptes geht das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit anderen als den redaktionseigenen Signa oder mit Verfassernamen gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder, welche der Meinung der Redaktion nicht zu entsprechen braucht. Der Autor des Beitrages trägt die Verantwortung. Gekennzeichnete Sonderteile und Anzeigen befinden sich außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Für Verbands-, Unternehmens- und Marktinformationen kann keine Gewähr übernommen werden. Eine Haftung für Folgen aus unrichtigen oder fehlerhaften Darstellungen wird in jedem Falle ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Leipzig.

Mitglied der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.